

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe Dezember 2023

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikelvorschläge (mit Link) an: info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag"). Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Moritz Müller: Julian Assange seit 13 Jahren seiner Freiheit beraubt**
- **Mehr Demokratie e.V.: 4'242 Menschen klagen gegen die Fünf-Prozent-Hürde**
- **Karsten Montag: Die AfD hat wichtige Themen aufgegriffen, aber sie ist keine Friedenspartei**
- **Thomas Oysmüller: Studie zeigt hohes Gesundheitsrisiko durch Trans-Hormone**
- **Freia Peters: Erschreckende Testergebnisse – So schädlich sind Smartphones**
- **Christian Fischer: Löwenherz Friedenspreis**
- **Mangelnde Kompetenz verhindert Friedensverhandlungen**
- **Friedensbewegung gegen Boris Pistorius**
- **Hans von Sponeck: Trauern ist nicht genug**
- **Richard Falk: Die Weigerung des Westens, zu einem Waffenstillstand aufzurufen, ist ein grünes Licht für die ethnische Säuberung des Staates Israel**
- **Karin Leukefeld: Israel und die Vereinten Nationen**
- **Peter F. Mayer: Michael Hudson: Warum USA in Westasien Krieg führt und Israel unterstützt**
- **BIP: Welchen Plan gibt es für Gaza?**
- **Jacques Baud: Eine Besatzungsmacht hat kein Recht auf Selbstverteidigung gegen die Besetzten**
- **Völkermord im Gazastreifen**
- **König Abdullah II. von Jordanien: Land und Frieden vom Fluss bis zum Meer teilen**

**Sicherheit ist unteilbar und
die Sicherheit jedes Teilnehmerlands
ist untrennbar mit der Sicherheit aller verbunden.**

Editorial

*Im ersten Beitrag erinnert Moritz Müller daran, dass **Julian Assange** seit 2010 wegen seiner Aufklärungsarbeit menschenunwürdig der Freiheit beraubt ist.*

*Im nächsten Abschnitt werden innenpolitische Themen aufgegriffen: Vor dem Verfassungsgericht wird **gegen die 5%-Hürde für den Bundestag geklagt**. Andrej Hunko äußert sich in einem Interview dazu, dass bisher vor allem die AfD im Bundestag **wichtige politische Themen aufgegriffen** hat. In ihren Beiträgen weisen Thomas Oysmüller und Freia Peters auf die **Gesundheitsrisiken** von Transhormonen sowie von Smartphones besonders für Kinder hin. Die Verleihung des **Löwenherz-Friedenspreises** an Gabriele Krone-Schmalz fasst Christian Fischer zusammen und stellt einen Link für ein Video über die ganze Veranstaltung zur Verfügung.*

*General a.D. Kujat kommentiert den **Krieg in der Ukraine** kritisch und verweist auf bisher übergangene Lösungsansätze. Minister Pistorius wird von Friedensinitiativen offen kritisiert und der ehemalige UN-Koordinator Hans von Sponeck nimmt persönlich deutlich gegen den **Krieg im Gazastreifen** Stellung. Zu den Hintergründen dieses Krieges tragen die Beiträge von Richard Falk, Karin Leukefeld und Peter F. Mayer wichtige Informationen zusammen. Das 'Bündnis für Gerechtigkeit zwischen Israelis und Palästinensern' klärt darüber auf, dass es schon seit längerer Zeit Pläne gibt, die **Palästinenser ganz aus Gaza zu vertreiben**. Die Unrechtmäßigkeit der israelischen Kriegsführung wird von Jacques Baud dargestellt. **Stellungnahmen gegen diesen Krieg** geben auch Norman Paech, die UNRWA und sehr eindrucksvoll König Abdullah II. von Jordanien ab.*

[Inhalt](#) ↑

● **Moritz Müller: Julian Assange seit 13 Jahren seiner Freiheit beraubt**

Moritz Müller erinnert daran, dass sich [Julian Assange am 07.12.2010 in einer Londoner Polizeiwache](#) der britischen Polizei stellte, da es einen internationalen Haftbefehl gegen ihn gab, ausgestellt von einer schwedischen Staatsanwältin. Dieser Haftbefehl war nicht von einem Richter/einer Richterin ausgestellt, wie seitdem vorgeschrieben. Diese Gesetzesänderung wirkte sich nicht rückwirkend auf Julian Assange aus. In dem schwedischen Fall wurde nie eine Anklage gegen ihn erhoben. Er verbrachte die nächsten zehn Tage in Einzelhaft, daraufhin anderthalb Jahre mit elektronischer Fußfessel, gefolgt von fast sieben Jahren im ecuadorianischen Botschaftsasyll und derzeit seit 1'701 Tagen im Londoner Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh, oft auch das britische Guantanamo bezeichnet. Seit Juni warten Julian Assange, seine Angehörigen und die

Öffentlichkeit darauf, dass ein Termin für eine 30-minütige mündliche Auslieferungsanhörung angesetzt wird. Alles verläuft in diesem Fall so schleppend, dass man den Eindruck bekommt, dass die USA, die offiziell Assanges Auslieferung anstreben, ihn gar nicht dort haben wollen, zumindest nicht vor den Präsidentschaftswahlen im nächsten November. Der ehemalige UN-Sonderbeauftragte Nils Melzer hat die juristische Kriegsführung (Lawfare) gegen Assange in seinem Buch "[Der Fall Julian Assange](#)" ausführlich beschrieben.

Die bundesweite Free-Assange-Mahnwachenbewegung erinnerte am 28.11.2023 mit einer Presseerklärung an den Offenen Brief von fünf großen Zeitungen, in dem gefordert wird, "[die Verfolgung von Julian Assange wegen der Veröffentlichung geheimer Dokumente einzustellen](#). Denn Journalismus ist kein Verbrechen." Von der schweigenden deutschen Presse erwartet die Bewegung, "dass sie endlich ihrer Informationspflicht nachkommt und über den Fall Julian Assange angemessen und kontinuierlich berichtet, solange dies nötig ist!"

[Moritz Müller engagiert sich für Julian Assange](#), arbeitet für das Portal 'NachDenkSeiten' und schreibt auch eigene Beiträge. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• Mehr Demokratie e.V.: **4'242 Menschen klagen gegen die Fünf-Prozent-Hürde**

"Der Bundestag hat das Wahlrecht für die Bundestagswahlen geändert. Jetzt haben wir es mit einer harten Sperrklausel von fünf Prozent zu tun. Durch diese Hürde werden bei jeder Bundestagswahl Millionen von Stimmen unwirksam. Dies widerspricht dem Wahlgrundsatz, dass alle Stimmen gleiches Gewicht haben sollen. Deshalb muss eine Sperrklausel gut begründet sein. Die Höhe von fünf Prozent ist nicht in Stein gemeißelt. Darauf hat das Bundesverfassungsgericht selbst immer wieder hingewiesen. Jetzt ist die Zeit, für eine Senkung der Sperrklausel einzutreten. Deshalb haben wir [am 20. Oktober 2023 Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht eingelegt](#).

Wie geht es jetzt weiter? Zuerst muss unsere Beschwerde vom Bundesverfassungsgericht angenommen werden. Danach wird das Gericht entscheiden, wann und wie es mit den vorliegenden Klagen und Beschwerden weitergeht. Denn unsere Verfassungsbeschwerde ist nicht das einzige Verfahren, das sich gegen die Reform des Bundestagswahlrechts richtet."

Die Partei ÖDP erläutert ergänzend, dass diese [Klage jetzt möglich](#) ist, obwohl die 5%-Klausel schon seit Jahrzehnten besteht, weil das im März 2023 verabschiedete Wahlgesetz – gegen das auch Klagen von der Linken und der CSU laufen – eine neue Bewertungsbasis geschaffen hat.

[Mehr Demokratie e.V.](#), überparteiliche und gemeinnützige Nichtregierungsorganisation, tritt dafür ein, dass Bürger das Recht wahrnehmen können, wichtige Fragen selbst zu entscheiden, wenn sie das wollen – in Gemeinden, in den Bundesländern, auf Bundesebene und in der EU. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• Karsten Montag: **Die AfD hat wichtige Themen aufgegriffen, aber sie ist keine Friedenspartei**

Andrej Hunko ist einer der Bundestagsabgeordneten, die Ende Oktober aus der Partei 'Die Linke' austraten, um das 'Bündnis Sahra Wagenknecht' zu gründen, nachdem über Jahre eine Entfremdung stattgefunden hatte. Im Interview spricht er über den geplanten Umgang des Bündnisses mit der AfD. Eine Koalition lehnt auch er ab, schließt aber nicht aus, in einzelnen Sachfragen im Parlament gemeinsam abzustimmen. [Man werde "ein inhaltsbezogeneres Herangehen an den Tag legen"](#). Laut Hunko sind die Sanktionen gegen Russland gescheitert; auch Sanktionen gegen andere Länder würden nicht zu einem positiven Ergebnis führen. Es helfe der

Ukraine nicht, auf eine militärische Lösung zu setzen. Für ihn ist es verheerend, dass sich die EU und die Bundesregierung noch stärker transatlantisch ausrichten, statt offener in internationale Prozesse zu gehen. Hunko sieht die Bundesregierung mitverantwortlich an der im Nahen Osten stattfindende Entwicklung, wo er dringend einen Waffenstillstand fordert. Hinsichtlich einer Corona-Aufarbeitung habe sich des 'Bündnis Sahara Wagenknecht' noch nicht festgelegt.

[Karsten Montag](#), Jg. 1968, arbeitet als freier Autor, verfasst gesellschaftskritische Romane und Sachtexte. Eines seiner wichtigsten Ziele ist es, seine Mitmenschen zu ermutigen, sich ihre Meinung auf Basis von Fakten und unter Nutzung des gesunden Menschenverstandes zu bilden. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Thomas Oysmüller: Studie zeigt hohes Gesundheitsrisiko durch Trans-Hormone**

Eine Studie an 2'671 "Transgender"-Männer/Frauen in Dänemark [zeigt aufgrund der Hormonbehandlungen ein "deutlich erhöhtes Risiko" für tödliche Krankheiten](#) wie Herzinfarkte, Schlaganfälle, Bluthochdruck sowie hohe Blutfett- und Cholesterinwerte. Bei Männern, die als "Transfrau" Östrogen einnehmen, ist die Wahrscheinlichkeit, an einer Herz-Kreislauf-Erkrankung zu leiden, um 93% höher als bei Männern und um 73% höher als bei Frauen. Bei Frauen, die als "Transmänner" Testosteron einnehmen, ist die Wahrscheinlichkeit, an einer Form von Herzkrankheit zu erkranken, um 63% höher als bei Frauen und mehr als doppelt so hoch wie bei Männern. Ein erhöhtes Risiko, an Diabetes zu erkranken, konnte die Studie nicht nachweisen.

[Thomas Oysmüller](#), Jg. 1990, studierte Philosophie und Sozialwissenschaften, ist freier Journalist und arbeitete früher beim deutschen Onlineradio [detektor.fm](#), einige Jahre bei [zackzack.at](#) sowie für kleinere Zeitungen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Freia Peters: Erschreckende Testergebnisse – So schädlich sind Smartphones**

2017 hat der Psychologe Adrian Ward von der University of Texas in Austin Studien mit Erwachsenen in drei verschiedenen Settings durchgeführt: eine Gruppe mit stumm geschaltetem und umgedrehtem Smartphone auf dem Tisch, die zweite hatte das Handy in der Tasche, und eine dritte musste das Gerät abgeben. Dann sollten die Teilnehmer Aufgaben erledigen: zur Aufmerksamkeit (Fragen zu einem zuvor angesehenen Video beantworten), zum Erinnerungsvermögen (sich an fünf Wörter erinnern, die drei Minuten zuvor genannt wurden) und zur kognitiven Leistung. Ergebnis: Je weiter das Handy entfernt lag, desto besser wurden die Leistungen. In einem zweiten Durchgang wurden die Handys ausgeschaltet. Dennoch schnitten die Teilnehmer mit dem Smartphone neben sich am schlechtesten ab.

Für Freia Peters ist dies ein problematisches Zusammenspiel vor allem für Heranwachsende, zumal laut einer gerade veröffentlichten repräsentativen Umfrage der Krankenkasse Pronova BKK Kinder ab 10 Jahren mehr Zeit an elektronischen Geräten verbringen als mit analogen Freizeitaktivitäten. Teenager zwischen 14 und 17 Jahren sitzen wöchentlich 15 Stunden vor Bildschirmen, schon Kleinkinder konsumieren mehr als vier Stunden digitale Medien pro Woche. Während es [daher in manchen europäischen Ländern in Schulen diverse Handy-Verbote](#) gibt, will in Deutschland die CDU in Grundschulen ein privates Handy-Nutzungsverbot umsetzen und in weiterführenden Schulen durch entsprechende Maßnahmen die Handy-Nutzung ausschließen.

Der Neurowissenschaftler Manfred Spitzer gibt zu bedenken, dass die für einen kontrollierten Umgang mit digitalen Medien erforderliche Impulskontrolle in den ersten drei Lebensjahrzehnten durch das Zusammenspiel vieler Gehirnregionen entwickelt werden, wofür aber 'dank' Smartphone weniger Gelegenheit sei. Spitzer findet: "Wenn 25% der Erstklässler in Stuttgart nicht

mehr hüpfen können, 25% der Viertklässler am Schuljahresende nicht lesen können, und die Konzentrations- und Empathiefähigkeit von Jugendlichen mit zunehmendem Medienkonsum abnehmen – all das sind publizierte Fakten – dann wird es höchste Zeit, etwas zu ändern.“ Laut Spitzer “lässt sich kaum etwas Schädlicheres für die kindliche Entwicklung denken als die Digitalisierung der Kindheit“. Der Pädagoge Klaus Zierer sagt: “Wenn es unser Ziel ist, dass Schreiben und Sprechen irgendwann Computer für uns übernehmen, ist [es] eine sinnvolle Maßnahme“, jeden Schüler mit einem Tablet auszustatten.

[Freia Peters](#), seit 2006 Politikredakteurin ‘Welt am Sonntag’, ‘Die Welt’ zunächst Außenpolitik, dann Innenpolitik. 2002 freie Reporterin mit Aufhalten in New York, Johannesburg, Kolumbien, Kongo. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Christian Fischer: **Löwenherz Friedenspreis**

Am 19.11.2023 hat [Gabriele Krone-Schmalz in Leipzig den Löwenherz Friedenspreis von der NGO Human Projects überreicht bekommen](#) und den finanziellen Wert an die Internationale Liga für Menschenrechte weitergereicht. Krone-Schmalz beklagt die Geschichtsvergessenheit, die sich bei uns breit gemacht habe: Gorbatschow habe uns die Deutsche Einheit auf dem Silbertablett serviert und ein europäisches Haus inkl. Russland bauen wollen, aber der Westen habe die Gelegenheit nur zum militärischen Näherrücken genutzt und verstehe Sicherheitspolitik nur militärisch, nicht partnerschaftlich. Die eindrucksvolle Laudatio hat der vormalige Preisträger Eugen Drewermann gehalten. [Das Video über die dreieinhalbstündige Veranstaltung ist hier verlinkt.](#)

Christian Fischer, Jg. 1951, promovierter Ingenieur, zahlreiche Fachpublikationen in Bauphysik; politisch und journalistisch tätig mit Publikationen in den Zeitschriften 'Zeit-Fragen', 'Zeitgeist.online'; Redaktionsmitglied beim 'Bürgerbrief für Frieden und Demokratie'. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● **Mangelnde Kompetenz verhindert Friedensverhandlungen**

Nach Harald Kujat, früherer Bundeswehr-Generalinspekteur und ehemaliger Vorsitzender des NATO-Militärausschusses, hätte der Krieg in der Ukraine verhindert und nach seinem Ausbruch schnell beendet werden können. Dass der Krieg weitergehe, liege an der mangelnden Kompetenz und der Ignoranz der Politik. So ließen die derzeitigen deutschen Politiker das Wohlergehen der ukrainischen Bevölkerung und damit die Lehren aus der Geschichte außer Acht. Wäre man auf die von Russland Ende 2021 auf den Tisch gelegten Sicherheitsansprüche eingegangen, wäre es nicht zu dem Krieg gekommen. Hätte man die Ergebnisse der Verhandlungen in Istanbul im April 2022 nicht abgewürgt, wäre der Krieg nach sechs Wochen beendet gewesen. Nun sei die Gegenoffensive der ukrainischen Streitkräfte gescheitert und Russland dabei, seine Eroberungen zu konsolidieren, evtl. Odessa zu erobern. Durch Drohnenangriffe auf russisches Territorium werde der Krieg in eine neue Eskalationsstufe getrieben. Diesen Krieg könne niemand gewinnen. Kujat rät Washington dringend, die Verhandlungsbereitschaft Russlands vor Einsetzen der Schlamperperiode in der Ukraine zu nutzen. Die [deutsche Regierung solle sich endlich an das Friedensgebot der Verfassung erinnern.](#)

Zum eskalierten Nahost-Konflikt fordert Kujat ein Umdenken. “Wir müssen jetzt versuchen, die Situation kurzfristig zu deeskalieren. Denn es kann nicht sein, dass nun Auge um Auge, Zahn um Zahn Rache geübt wird.“ Einen vernünftigen Ausweg sieht Kujat in einer Zweistaatenlösung.

Harald Kujat und Michael von der Schulenburg haben laut Thomas Röper in einem bemerkenswerten Artikel "die Chronologie der Friedensverhandlungen zwischen Russland und der Ukraine vom März 2022 nachgezeichnet. Unter Bezug auf Teilnehmer und andere offizielle Quellen zeigen sie auf, wie die USA den Frieden verhindert haben. In der [Zusammenfassung des Artikels von Röper](#) ist auch der [Original-Artikel verlinkt](#). Im Original zitieren Kujat und von Schulenburg aus dem Original der Friedensvorschläge Kiews von Ende März 2022. Röper: "Angesichts der Lage damals und der Entwicklungen bis heute war das ein sehr gutes Angebot für die Ukraine. Kiew wurde damals nicht einmal gezwungen, die Abtrennung des Donbass und der Krim endgültig zu akzeptieren, sondern diese Themen sollten 'für einen Zeitraum von 15 Jahren in bilateralen Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland' besprochen werden. Außerdem war Russland sogar bereit, 'die Mitgliedschaft der Ukraine in der EU zu fördern'. Lediglich der NATO-Beitritt der Ukraine und die Stationierung ausländischer Truppen in der Ukraine sollten dauerhaft ausgeschlossen werden." Aber genau letzteres hätten die USA nicht zulassen wollen.

[Éva Péli](#), gebürtige Ungarin, ist promovierte Sprachwissenschaftlerin mit langjähriger Studien- und Arbeitserfahrung in Russland, Spanien, Großbritannien und Deutschland. Von September 2020 bis zum Verbot der Verbreitung von russischen Medien in der EU arbeitete sie als Korrektorin, Lektorin und Autorin für das Nachrichtenportal 'Sputnik News Agency' (SNA). (Red.)

[Thomas Röper](#), Jg. 1971, zunächst Versicherungs- und Finanzdienstleistungsexperte in Osteuropa und Russland, dann unabhängiger Unternehmensberater in St. Petersburg; lebt seit 15 Jahren in Russland und betreibt die Seite www.anti-spiegel.ru, wo er sich kritisch mit der Berichterstattung westlicher Medien im Allgemeinen, zu Russland, zu (Geo-)Politik und Wirtschaft auseinandersetzt. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● **Friedensbewegung gegen Boris Pistorius**

Als Reaktion auf Äußerungen von Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius in der ZDF-Sendung "Berlin direkt" hat die 'Osnabrücker Friedensinitiative' mit einem Offenen Brief an Pistorius reagiert. Darin geben sie ihrem Entsetzen, ihrer Fassungslosigkeit und ihrer Empörung Ausdruck und erinnern Pistorius daran, dass er "[nicht der Kriegslogik, sondern dem Friedensgebot des Grundgesetzes verpflichtet](#) sei. Entgegen seiner Tätigkeit als ehemaliger "Oberbürgermeister der Friedensstadt Osnabrück", wo er "einmal im Jahr spielerisch ein Zeichen für Toleranz und ein friedliches Zusammenleben gesetzt" habe, schaffe er nun mit massiver Aufrüstung und Kriegsbereitschaft sowie Aussagen wie "Wir müssen kriegstüchtig werden" eine "neue Bedrohung für den Frieden". Pistorius wird daher in dem Brief aufgerufen, er könne seine Äußerungen in "Berlin direkt" nicht unkorrigiert stehen lassen, wenn er seine Arbeit als Oberbürgermeister nicht in Frage stellen wolle. Die Initiative erinnert Pistorius an seinen Amtseid auf das Grundgesetz. Das zu wahren, sei nicht mit der Forderung von Kriegstüchtigkeit zu vereinbaren.

Wolfgang Effenberger hat bei der Demonstration am 04.11.2023 mit dem Motto "[Frieden für den Nahen Osten, für die Ukraine, für Russland und für die Welt - es kann nur Frieden geben, wenn es ein Frieden für ALLE ist!](#)" auf dem Alexanderplatz in Berlin eine Rede gehalten (Video, 26m24). U.a. erinnert auch er Pistorius daran, dass wir heute noch vor den Trümmern der deutschen Kriegstüchtigkeit im vorigen Jahrhundert stehen, und dass wir Deutschen laut Grundgesetz dazu aufgerufen seien, für den Frieden der Welt einzutreten.

Die [Osnabrücker Friedensinitiative](#) (OFRI) wurde 1981 aus Sorge um neue Kriege gegründet. Im Gründungsjahr hat sie die friedenspolitische Plattform "[Der Atomkrieg bedroht uns alle: entrüstet euch!](#)" verabschiedet. (Red.)

[Wolfgang Effenberger](#); Jg. 1946, wurde mit 18 Jahren Zeitsoldat, studierte Bauingenieurwesen. Er erhielt als junger Offizier Einblick in das von den USA vorbereitete "atomare Gefechtsfeld" in Europa. Nach dem Ausscheiden aus der Bundeswehr studierte er Politikwissenschaft sowie Höheres Lehramt (Bauwesen/Mathematik). Heute freier Buchautor. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Hans von Sponeck: Trauern ist nicht genug**

Hans von Sponeck, ehemaliger stellvertretender UN-Generalsekretär und Koordinator für humanitäre Hilfe im Irak, beschreibt einleitend, was ihm und seiner Familie durch Krieg widerfahren ist. Und wie daraus der Wunsch entstand, Kriege zu verhindern. Noch in jungen Jahren besucht von Sponeck Israel.

Dann kommt er zum heutigen Geschehen in Nahost: "[...] Die Verurteilung der schrecklichen Taten der Hamas durch den UN-Generalsekretär Guterres und sein gleichzeitiger Hinweis an die Welt, dass das palästinensische Volk 56 Jahre lang eine erdrückende Besatzung ertragen musste, während sein Land von illegalen Siedlungen verschlungen wurde, erforderte Mut, war aber richtig. Die Brutalität der IDF-Reaktion auf die Brutalität des Hamas-Angriffs [stellt beides schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht dar](#), für die sie zur Rechenschaft gezogen werden müssen. Während das Recht keine Gefühle kennt, haben unschuldige Bürger Palästinas und Israels Gefühle, aber keine andere Wahl als zu leiden. [...] Als ehemaliger UN-Beamter, der aus nächster Nähe miterlebt hat, wie die Welt der Macht im vergangenen Jahrhundert mit dem Irak umgegangen ist, bin ich empört über die Heuchelei von Staatschefs und Außenministern, die mit einseitigen Botschaften nach Tel Aviv strömen und das Feigenblatt hinzufügen, die humanitäre Hilfe nicht zu vergessen. Völlig außer Acht gelassen wird der Kontext, das 'Warum', das alles passiert ist. [...]"

[Hans-C. von Sponeck](#), Jg. 1939, studierte Geschichte, Demographie und Kulturanthropologie; war von 1968 bis 2000 in verschiedenen Funktionen der UNO tätig. 1998 wurde er UN-Koordinator für humanitäre Hilfe im Irak; 2000 trat er aus Protest gegen die Sanktionspolitik des UN-Sicherheitsrates zurück, die er verantwortlich für das Sterben mehrerer hunderttausender irakischer Kinder machte. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Richard Falk: Die Weigerung des Westens, zu einem Waffenstillstand aufzurufen, ist ein grünes Licht für die ethnische Säuberung des Staates Israel**

Richard Falk, ehemaliger Sonderberichterstatter für die Menschenrechte der Palästinenser, [erinnert daran, dass der Gazastreifen auch nach Abzug des israelischen Militärs als besetztes Gebiet weiterhin der Vierten Genfer Konvention unterliegt](#). Die beibehaltene Besatzungsstruktur sei durch israelische Übergriffe und Blockaden verschärft worden, was im Goldstone-Bericht der UNO dokumentiert sei. Für Falk fehlt in der öffentlichen Diskussion bisher ein zentraler Punkt: "Genauso wenig wie die bewaffneten palästinensischen Gruppen die Befugnis hatten, Kriegsverbrechen zu begehen, weil sie durch jahrzehntelange kriminelle Handlungen des Staates Israel massiv provoziert wurden, hat der Staat Israel die Berechtigung, bei seinen Vergeltungsmaßnahmen außerhalb der Grenzen des Gesetzes zu handeln." Die Beziehung zwischen Israel und Hamas werde nicht angemessen in den internationalen Zusammenhang gestellt. Die Verpflichtungen Israels gegenüber dem Besatzungsgebiet würden nicht erwähnt. Mit der Kriegserklärung tue Israel so, "als ob die einheimische Verwaltungsbehörde eine feindliche

ausländische Regierung wäre“. Falk erinnert daran, dass ‘Genf IV’ Israel zu ausreichender Versorgung der Menschen im besetzten Gebiet mit Lebensmittel, Wasser und Medikamenten verpflichtet. Ein Evakuierungsbefehl ohne angemessene Frist, ohne die Angabe eines sicher bewohnbaren Ortes habe weniger mit Sicherheit als damit zu tun, “die Palästinenser aus dem Gazastreifen zu vertreiben und dadurch die Endspiel-Visionen der extremistischen israelischen Koalitionsregierung umzusetzen“. Auf Empfehlung der UN-Generalversammlung werde nun Israels Verhaltensweise vom ‘Internationalen Gerichtshof’ geprüft.

[Richard Falk](#), Jg. 1930, ist Wissenschaftler für internationales Recht und internationale Beziehungen, er lehrte vierzig Jahre lang an der Princeton University. Im Jahr 2008 wurde er von den Vereinten Nationen für eine sechsjährige Amtszeit zum Sonderberichtersteller für die Menschenrechte der Palästinenser ernannt. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Karin Leukefeld: **Israel und die Vereinten Nationen**

Karin Leukefeld erinnert uns an die Geschichte Israels. So habe die 1917 in Palästina lebende Bevölkerung schon während der Diskussion des UN-Teilungsplans gegen die Absicht, mit britischer Unterstützung eine “jüdische Heimstatt“ zu bilden, protestiert. Der beschlossene Teilungsplan ging über die ursprünglich in Palästina lebenden Einwohner hinweg (kein Referendum). Der jüdische Staat sollte 56,47% Palästinas umfassen, der arabische Staat 42,88%. Mit dem Teilungsplan gaben sich die Zionisten aber nicht zufrieden, sondern begannen nach dessen Beschluss mit der Vertreibung der Palästinenser: “Sie überfielen Dörfer, töteten und vertrieben die Bevölkerung. 530 palästinensische Dörfer wurden zerstört. Beim Jahreswechsel 1948/49 verfügten die Palästinenser nur noch über 22% des Landes, das der UN-Teilungsplan für sie vorgesehen hatte. Ost-Jerusalem war von jordanischen arabischen Legionen gegen die zionistischen Milizen verteidigt worden. West-Jerusalem dagegen war schon früh von der zionistischen Untergrundarmee Haganah eingenommen und die palästinensische Bevölkerung vertrieben worden.“

Nach der Unabhängigkeitserklärung Israels erklärten die arabischen Staaten Israel den Krieg. Dem UN-Vermittler Graf Bernadotte, der sich kritisch zu den “ethnischen Säuberungen“ und zum Anspruch Israels auf ganz Jerusalem äußerte, gelang es noch einen Waffenstillstand zu verhandeln, bevor er von der zionistischen Miliz ‘Stern-Gruppe’ ermordet wurde.

Die Bedingungen für die Anerkennung seiner Mitgliedschaft in der UNO ist, “dass Israel die UN-Resolutionen 181 II und 194, den Teilungsplan und das Recht der Rückkehr der Palästinenser (wenn machbar) sowie deren Wiedergutmachung akzeptiert und umsetzt“, [hat Israel seither zusammen mit weiteren 200 UN-Resolutionen ignoriert](#). Dazu gehört auch die Resolution 242 von 1967, “die feststellt, dass die ‘Eroberung von Land durch Krieg unzulässig’ sei und sich die israelischen Truppen aus den besetzten Gebieten (1967) zurückziehen müsse. Dabei ging es um Ost-Jerusalem, das Westjordanland, den Gazastreifen und die syrischen Golanhöhen. [...] Doch Israel hatte bereits damit begonnen, die besetzten Gebiete zu kolonisieren, insbesondere durch den illegalen Siedlungsbau. Israel verstieß damit gegen internationales Recht und die 4. Genfer Konvention.“ Auf der von Netanjahu am 22.09.2023 bei der UN-Generalversammlung aufgezeigten Karte, mit der er demonstrieren wollte, dass eine Einigung mit Saudi-Arabien kurz bevorstehe, “waren die palästinensischen Gebiete, die einen palästinensischen Staat bilden sollten, ausradiert“.

Angesichts der derzeitig beispiellos angewandten Gewalt und den aktuellen politischen Ereignissen erinnert Leukefeld daran, dass Israel am 11.05.1949 als UN-Mitglied unter der Bedingung aufgenommen wurde wie weiter oben beschrieben. Bis heute hat Israel es nie für ‘machbar’ gehalten, dass die Palästinenser zurückkehren könnten. Im Gegenteil, Israel hat alles dafür getan, sich das Land Palästina anzueignen. Die USA haben immer ihre schützende Hand über

Israel gehalten. Die Palästinenser werden vertrieben, verhaftet, getötet. Im Oktober 2023 haben hochrangige israelische Politiker und Persönlichkeiten die Palästinenser als 'Tiermenschen' bezeichnet.“

[Karin Leukefeld](#), Jg. 1954, Studien der Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften, Ausbildung zur Buchhändlerin. Seit 1997 freie Journalistin. Sie ist die einzige deutsche Journalistin mit einer Akkreditierung in Syrien. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Peter F. Mayer: **Michael Hudson: Warum USA in Westasien Krieg führt und Israel unterstützt**

Ben Norton erinnert daran, was Joe Biden 1986 zur Bedeutung von Israel gesagt hat: [“Gäbe es kein Israel, müssten die Vereinigten Staaten von Amerika ein Israel erfinden](#), um ihre Interessen in der Region zu schützen; die Vereinigten Staaten müssten hinausgehen und ein Israel erfinden.“ Seit der Iran 1979 für die USA verloren gegangen sei, sei Israel für die Kontrolle der strategisch wichtigen Region umso wichtiger. Diese Region sei geprägt durch den Suez-Kanal und das Rote Meer, wo etwa 12% des globalen Warenhandels hindurch transportiert würden. In einer Zeit, in der der Einfluss der USA abnehme, nehme die Kontrolle über diese Region noch einmal zu. Für die Auseinandersetzung mit der 'Neuen Seidenstraße' sei diese Kontrolle entscheidend. Daher habe Biden seine Worte zum Wert Israels am 18.10.2023 wiederholt.

Für Michael Hudson (von Norton interviewt) ist Israel “ein gelandeter Flugzeugträger im Nahen Osten. Israel ist der Startpunkt für Amerika, um den Nahen Osten zu kontrollieren“. Schon die Gründung Israels sei für Großbritannien unter dem Aspekt eines Außenpostens zur Kontrolle des Nahen Ostens gesehen worden. Hudson legt Wert darauf festzustellen, dass die USA heute nicht Israel, sondern dessen korrupten Premierminister und den Likud unterstütze. Das habe für die USA den Vorteil, dass nicht die USA für Angriffe auf Gaza, sondern “einen so unangenehmen, opportunistischen und korrupten Menschen wie Netanjahu“ beschuldigt wird. “Sie geben Israel die Schuld. Sie geben Netanjahu und Israel die Schuld dafür, obwohl es die Vereinigten Staaten sind, die eine Flugzeugladung nach der anderen mit Bomben und Waffen geschickt haben.“ Wenn die US-Regierung Israel ermahne, immer nur legal zu handeln, sei dies “alles nur Show“. Die in Israel anwesenden US-Militärs würden sich zwar nicht in den Krieg gegen Palästinenser einmischen, würden aber, wie vor wenigen Tagen Syrien bombardieren. Ähnlich wie im Ukraine-Krieg, wo es um die Schwächung Russlands gehe, gehe es hier um die Schwächung bzw. Eroberung des Iran, um die Kontrolle der Rohstoffe des Nahen Ostens. Nach Wesley Clark (2006, von Norton zitiert/eingeblendet) hat diese Kontrolle auch bei 9/11 und den daraufhin geplanten Kriegen in Irak, Syrien, Libanon, Libyen, Somalia, Sudan und zum Schluss den Iran die entscheidende Rolle gespielt. Bisher ist es laut Norton einzig dem Iran gelungen, seine Souveränität aufrecht zu erhalten. Netanjahus Kampf gegen den Gazastreifen dient laut Hudson “als Vorwand für Amerika, seine Kriegsschiffe und U-Boote dorthin zu verlegen und zusammen mit Israel den syrischen Flughafen zu bombardieren, so dass die Syrer nicht in der Lage sind, Waffen oder irgendeine Art von militärischer Unterstützung entweder in den Libanon im Westen oder in den Iran im Osten zu transportieren“. Es sei daher nicht verwunderlich, “dass der iranische Verteidigungsminister sagte, dass im Falle eines Angriffs auf den Iran, sei es durch Israel oder durch irgendjemand anderen, die USA und ihre ausländischen Stützpunkte schwer getroffen werden würden“. Nun werde es auf das Verhalten von Saudi-Arabien ankommen. Hudson fürchtet, “dass eine Verhandlungslösung oder eine Einigung zwischen Israel und Palästina unmöglich ist“. Es gehe in dem “Kampf darum, wer jetzt die Welt kontrolliert“.

[Peter F. Mayer](#) studierte Physik und betreibt heute den “Blog für Science & Politik“ (tkp.at). Er war vorher für Medien wie den ORF, die Presse oder das ‘profil’ tätig, bevor er [dem Mainstream den Rücken gekehrt](#) hat. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **BIP: Welchen Plan gibt es für Gaza?**

Das 'Bündnis für Gerechtigkeit zwischen Israelis und Palästinensern e.V.' (BIP) berichtet über einen konkreten Plan zur ethnischen Säuberung des Gazastreifens durch israelische Streitkräfte. Der Plan mit dem Titel "[Ein Plan für die Umsiedlung und endgültige Repatriierung der gesamten Bevölkerung des Gazastreifens in Ägypten: wirtschaftliche Aspekte](#)" wurde vom rechtsgerichteten Misgav-Institut formuliert und ist auf die Zusammenarbeit mit Ägypten angewiesen. Ägypten soll die vertriebenen Palästinenser aufnehmen und für den Bau von Unterkünften, Infrastruktur und für die Einrichtung von Dienstleistungen für die Flüchtlinge internationale Hilfe bekommen. Das Misgav-Institut geht davon aus, dass 65% der Bewohner des Gazastreifens die Hamas unterstützen, es dort also keine unschuldigen Menschen gebe. Das Institut fordert: "Wir müssen mit maximaler Grausamkeit in den Gazastreifen einmarschieren."

Am 25.11.2023 enthüllte die israelische Zeitung Calcalist (Quelle auf Hebräisch), dass der israelische Geheimdienstminister Gila Gamiel von der Likud-Partei den Bericht des Misgav-Instituts übernommen und das Strategiepapier mit dem Logo des Geheimdienstministeriums veröffentlicht hat, in dem die Ausweisung der gesamten Bevölkerung von Gaza nach Ägypten gefordert werde.

Der Waffenstillstand von Ende November zum Austausch von Gefangenen bzw. Geiseln wurde von Katar vermittelt, das schon seit Jahren eine Vermittlerrolle in der Region ausübt. Dafür wurde Katar auch von Israel gelobt, obwohl Doha als engster Unterstützer des politischen Flügels der Hamas gilt. So hat Katar [der Hamas und ihrer Verwaltung im Gazastreifen bisher 2,1 Mrd. Dollar zukommen lassen](#), was mit dem Wissen und der Unterstützung Israels erfolgte.

Das [Bündnis für Gerechtigkeit zwischen Israelis und Palästinensern e. V.](#) (BIP) möchte, dass sich die deutsche Politik ohne Ausnahme zur Einhaltung von Menschenrechten positioniert, auch wenn es um die israelische Besetzung der palästinensischen Gebiete sowie die Blockade von Gaza geht und dies gerade deswegen tut, weil sich Deutschland als Freund Israels versteht. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Jacques Baud: Eine Besatzungsmacht hat kein Recht auf Selbstverteidigung gegen die Besetzten**

Der Militärexperte Jacques Baud schließt nicht aus, dass angesichts der seit Jahresanfang sich zuspitzenden und zunehmend gewalttätigen Spannungen um und in Gaza sowie im Westjordanland den israelischen Geheimdiensten untergegangen ist, dass die Hamas eine Militäroperation vorbereitete. Für Baud hat der Hamas-Angriff nichts mit der Annäherung Israels an arabische Staaten zu tun. Baud macht darauf aufmerksam, dass Israel offiziell laut Resolution 242 (1967) des UN-Sicherheitsrats eine Besatzungsmacht ist, deren Präsenz in palästinensischen Gebieten illegal ist. Folglich sei der Widerstand gegen diese Besatzung auch nach Resolution 45/130 (1990) der UN-Generalversammlung legal. Wie für andere Kommentatoren ist es auch für Baud "bemerkenswert, dass Israel in einem Monat mehr Zivilisten getötet hat als die Russen und Ukrainer zusammen in mehr als 20 Monaten". [Die israelische Reaktion sei nicht verhältnismäßig und verstoße gegen das Kriegsrecht.](#)

Laut Baud wird "es keine militärische Lösung für diesen Konflikt geben wird, da der «globale Süden» heute das Diktat der westlichen Länder nicht mehr akzeptiert. Außerdem zeigt die Straflosigkeit Israels für seine Missachtung des internationalen Rechts katastrophale Folgen und dass eine Lösung gefunden werden muss." Eine Lösung sei nur auf der Basis der bestehenden UN-Resolutionen möglich und könne nicht von den USA vermittelt werden. Aber es werde schwierig sein, Israel dazu zu bewegen, sich aus den besetzten Gebieten zurückzuziehen und "alle seine Verstöße gegen das Völkerrecht rückgängig zu machen". Er befürchtet, dass "angesichts der

erhitzten Stimmung, die Wahrscheinlichkeit, dass Israel zerstört wird, grösser ist als die Wahrscheinlichkeit, dass es in den besetzten Gebieten einen Rückzieher macht“.

Jacques Baud, Jg. 1955, hat den Master in Ökonometrie und Nachdiplomstudium in internationaler Sicherheit am Hochschulinstitut für internationale Beziehungen in Genf absolviert und war Oberst der Schweizer Armee. Er arbeitete für das DPKO (Departement of Peacekeeping Operations) der Vereinten Nationen in New York (1997–99), gründete das Internationale Zentrum für Humanitäre Minenräumung in Genf. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Völkermord im Gazastreifen

Nach Norman Paech muss jeder, der die Bilder von den Trümmern in Gaza sieht und die Berichte von Menschen hört, erkennen, “dass die stereotypen Meldungen in den Medien von israelischen Angriffen gegen Stellungen der Hamas nur der untaugliche Versuch sind, den unterschiedslosen Krieg gegen die gesamte Bevölkerung im Gazastreifen als gezielte Verteidigung zu rechtfertigen. Dieser ‘Vernichtungskrieg gegen die Hamas’ zeigt, dass Hamas eben keine kleine Sekte, kein Kartell ist, sondern offensichtlich eine weit in die Gesellschaft verzweigte Organisation, zu deren Vernichtung die Vertreibung und wahllose Vernichtung auch unbeteiligter Menschen notwendig ist. Nur Zyniker können dies als Kollateralschäden im Verteidigungskrieg rechtfertigen.“ Paech zitiert den israelischen Holocaust- und Genocidforscher Raz Segal, der diesen Krieg “einen Lehrbuch-Fall des Völkermords“ nennt.

Nach Wiederaufnahme der israelischen Militäroperation und ihrer Ausweitung auf den südlichen Gazastreifen hat die UNO mit einer Meldung Alarm geschlagen. Denn: “Die Zahl der getöteten Zivilisten nimmt rapide zu. Zivilisten, darunter Männer, Frauen, Kinder, ältere Menschen, Kranke und Menschen mit Behinderungen, sind die Hauptleidtragenden. Das Bombardement der israelischen Streitkräfte dauert an, nachdem ein weiterer Evakuierungsbefehl zur Verlegung von Menschen aus Khan Younis nach Rafah erlassen wurde. Dieser Befehl löste Panik, Angst und Unruhe aus. Mindestens 60‘000 weitere Menschen wurden gezwungen, in bereits überfüllte UNRWA-Unterkünfte umzuziehen“, sofern sie dort noch unterkommen konnten. Da Israel “den Zugang zur größten Entsalzungsanlage im Gazastreifen verhindert“, sei der Zugang zu Wasser begrenzt. Das größte Krankenhaus im südlichen Gazastreifen könne nicht mehr betrieben werden. Israel schränke den Fluss humanitäre Hilfsgüter weiterhin ein. Die Lage stellt sich laut UNRWA so dar:

- “Mehr als 1,8 Millionen Menschen, d. h. 80 % der Gesamtbevölkerung des Gazastreifens, mussten aus ihren Häusern fliehen.
- Das UNRWA beherbergt derzeit mehr als 1,2 Millionen Menschen in Notunterkünften, auch im Süden.
- Dies ist die größte Vertreibung des palästinensischen Volkes seit 1948.
- Die fast 70 bereits überfüllten UNRWA-Unterkünfte im Süden können keine weiteren Menschen aufnehmen.
- Die UNRWA-Unterkünfte im Süden beherbergten bereits rund 600‘000 Menschen.“

Angesichts der Lage fordert die UNRWA einen humanitären Waffenstillstand.

Über die erschreckenden Zahlen an Toten berichtet auch Ulrich von Schwerin in der NZZ. Demnach gibt es täglich ca. 200 bis 400 Tote im Gazastreifen mit einem hohen Anteil von Zivilisten einschließlich Kindern. Demnach sind in den ersten 2 Monaten des Krieges 15 bis 20 Tausend Menschen im Gazastreifen getötet worden, was auch von US-Quellen im Wesentlichen bestätigt wird.

Norman Paech, Jg. 1938, emeritierter Hochschullehrer für politische Wissenschaft; Mitglied in der ‘Vereinigung demokratischer Juristinnen und Juristen’ (VDJ), im ‘Bündnis zur Beendigung der

israelischen Besetzung e. V.‘, im Wissenschaftlichen Beirat der [IALANA](#), im [IPPNW](#), bei Attac und im Auschwitz-Komitee. (Red.)

[Thomas Röper](#), Jg. 1971, zunächst Versicherungs- und Finanzdienstleistungsexperte in Osteuropa und Russland, dann unabhängiger Unternehmensberater in St. Petersburg; lebt seit 15 Jahren in Russland und betreibt die Seite www.anti-spiegel.ru, wo er sich kritisch mit der Berichterstattung westlicher Medien im Allgemeinen, zu Russland, zu (Geo-)Politik und Wirtschaft auseinandersetzt. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- König Abdullah II. von Jordanien: **Land und Frieden vom Fluss bis zum Meer teilen**

Schon [am 21.10.2023 hielt König Abdullah II von Jordanien auf dem Friedensgipfel in Kairo eine Ansprache](#), in der er sich mit Bezug auf den Pakt von Omar, der vor mehr als tausend Jahren stattfand, über die Gewaltakte gegen unschuldige Zivilisten im Gaza-Streifen, im Westjordanland und in Israel empört. Er verurteilt die “Angriffe auf zivile Infrastrukturen und dem vorsätzlichen Entzug von Nahrungsmitteln, Wasser, Strom und lebensnotwendigen Gütern für eine gesamte Bevölkerung“. Die damit vermittelte Botschaft, dass das Leben der Palästinenser weniger zählt als das der Israeli, sei “sehr, sehr gefährlich“. Denn “die Folgen einer anhaltenden internationalen Apathie und Untätigkeit werden katastrophal sein – für uns alle“.

Dieser Botschaft setzte der König Prioritäten entgegen: “Erstens: Die sofortige Beendigung des Krieges gegen Gaza, der Schutz der Zivilbevölkerung und die Verabschiedung einer einheitlichen Position, welche die gezielte Tötung von Zivilisten unterschiedslos verurteilt – im Einklang mit unseren gemeinsamen Werten und dem Völkerrecht, das jeden Wert verliert, wenn es selektiv angewendet wird. Zweitens: Die kontinuierliche und ununterbrochene Lieferung von humanitärer Hilfe, Treibstoff, Nahrungsmitteln und Medikamenten in den Gaza-Streifen. Drittens: Die unmissverständliche Ablehnung der Zwangsumsiedlung oder internen Vertreibung der Palästinenser. Dies ist ein Kriegsverbrechen nach dem Völkerrecht und eine rote Linie für uns alle.“

Abdullah II erinnert daran, dass Israel für seine Vergehen an den Palästinensern noch nie zur Rechenschaft gezogen wurde. Das ende erst, wenn greifbare Fortschritte auf dem Weg zu einem politischen Horizont erzielt würden, der Frieden für Palästinenser und Israeli gleichermaßen bringt. Die gemeinsame Botschaft an Palästinenser und Israeli könne nur lauten: “Wir wollen eine Zukunft in Frieden und Sicherheit für Euch und für die Palästinenser, in der Eure Kinder und die palästinensischen Kinder nicht mehr in Angst leben müssen.“

[Abdullah II. al-Hussein](#), Jg. 1962, ist seit dem 07.02.1999 König von Jordanien. Er ist ausgebildeter Offizier und studierte Politik in Großbritannien und den USA. Er ist seit 1993 mit der Palästinenserin Rania al-Yasin verheiratet. (Red.)

[Inhalt](#) ↑